

Freihandelsabkommen | 29.01.2019 | Lesezeit 4 Min.

EU und Japan rücken zusammen

Am 1. Februar 2019 tritt das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Japan in Kraft. Die EU-Staaten erhoffen sich starke Zuwächse im Exportgeschäft - vor allem die Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte profitieren von kräftigen Zollsenkungen. Innerhalb der deutschen Wirtschaft dürfte sich allerdings wohl eine andere Branche besonders über die Handelserleichterungen freuen.

Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von umgerechnet gut 5 Billionen Dollar ist Japan nach den USA und China die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Allerdings hat das Land seit den 1990er Jahren mehrere tiefe ökonomische Krisen erlebt. Der seit 2012 amtierende Ministerpräsident Shinzo Abe von der Liberal-demokratischen Partei versucht nun, mit einer lockeren Geldpolitik, Konjunkturprogrammen und Deregulierungen die Wirtschaft zu stärken. Von 2012 bis 2016 verzeichnete Japan tatsächlich doppelt so hohe Wachstumsraten wie im Schnitt der Jahre 1997 bis 2012. Doch in jüngster Zeit verliert die Wirtschaft offenbar erneut an Tempo (Grafik):

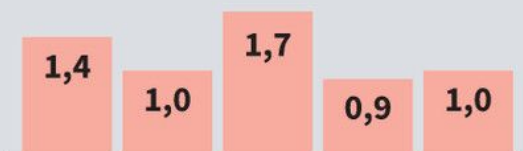
Nach einem realen BIP-Wachstum von 1,7 Prozent im Jahr 2017 fiel das Plus im vergangenen Jahr mit 0,9 Prozent wieder deutlich kleiner aus.

Japan in Zahlen

2015 2016 2017 2018 2019

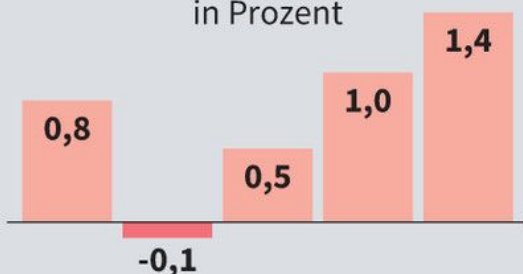
Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



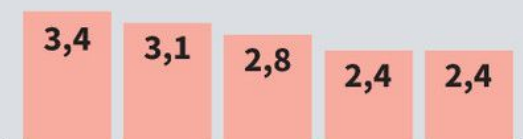
Verbraucherpreise

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Arbeitslosenquote

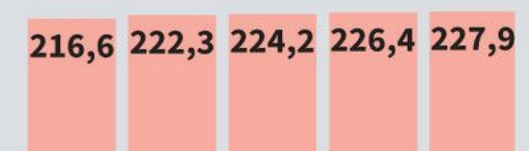
in Prozent



2015 2016 2017 2018 2019

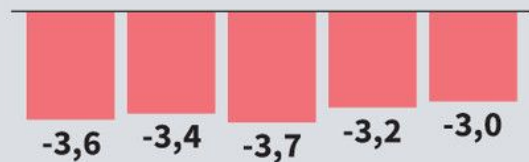
Schuldenstand

in Prozent des BIP

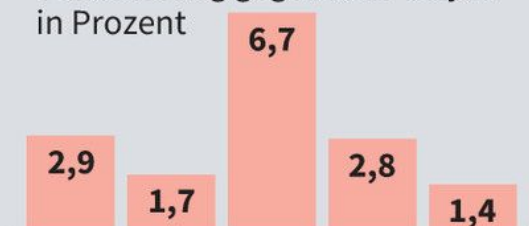


Haushaltssaldo

in Prozent des BIP

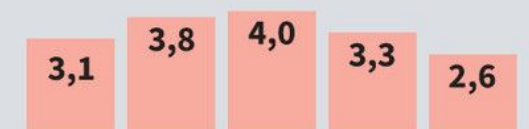


Reale Exporte von Waren und Dienstleistungen
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Leistungsbilanzsaldo

in Prozent des BIP



Datenstand: November 2018; 2018 und 2019: Prognose;
Leistungsbilanzsaldo: Saldo unter anderem aus dem
grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungshandel
sowie den staatlichen und privaten Übertragungen

Quelle: OECD
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Die Versuche der Regierung in Tokio, die Wirtschaft unter anderem durch das Absenken der Unternehmenssteuern anzukurbeln, sind zwar sinnvoll, aber eben auch teuer. Dabei schleppt Japan bereits die weitaus schwerste Schuldenlast aller OECD-Staaten mit sich herum:

Im laufenden Jahr dürfte der Schuldenberg Japans der OECD zufolge auf fast 228 Prozent des BIP anwachsen.

Zu den Risiken, die den fragilen japanischen Aufschwung gefährden können, gehört denn auch, dass die Japaner das Vertrauen in die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen verlieren könnten – obwohl der japanische Staat vor allem bei inländischen Kreditgebern verschuldet ist.

Gefahr durch Protektionismus

Eine andere große Gefahr droht von außen – ein zunehmender globaler Protektionismus wäre für die Wirtschaft Japans ebenfalls fatal. Zwar machten die Aus- und Einfuhren des Landes im Jahr 2016 jeweils nur 16 Prozent des BIP aus – der Beitrag des Außenhandels zur Wirtschaftsleistung ist damit in etwa nur halb so groß wie im Schnitt aller OECD-Staaten. Dennoch haben die wachsenden Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen in den vergangenen Jahren entscheidend zur Steigerung der Wirtschaftsleistung beigetragen. Zudem hat sich Japan mehr und mehr in die globalen Wertschöpfungsketten integriert.

Durch das Freihandelsabkommen zwischen Japan und der EU fallen mehr als 90 Prozent der Zölle auf EU-Ausfuhren weg.

Diese Entwicklung dürfte Japans Interesse an dem seit 2013 verhandelten und am 1. Februar 2019 in Kraft tretenden Freihandelsabkommen mit der EU erklären. Die umfangreichen Handelsliberalisierungen besitzen darüber hinaus in Zeiten eines Donald Trump große Symbolkraft – die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hat das Abkommen bereits als „gute Nachricht für alle Unterstützer eines offenen und fairen internationalen Handelssystems“ bezeichnet.

In erster Linie geht es allerdings um konkrete wirtschaftliche Vorteile für Japan und die EU, die zusammen immerhin rund ein Drittel der Weltwirtschaftsleistung

erbringen. Unter anderem werden unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens die Zölle für mehr als 90 Prozent der EU-Ausfuhren nach Japan wegfallen.

Unternehmen aus der EU, die nach Japan exportieren, werden laut EU-Kommission durch den Abbau der japanischen Zölle jährlich etwa 1 Milliarde Euro einsparen.

Dabei werden nicht nur Zölle auf gewerbliche Waren abgeschafft – auch europäische Landwirte und Lebensmittelhersteller, für die Japan ein wichtiger Absatzmarkt ist, profitieren. Nach und nach werden etwa 85 Prozent der nach Japan verkauften Agrargüter von Zöllen befreit. Dies gilt zum Beispiel für Wein und viele Käsesorten; für Rindfleisch sinkt der Zollsatz schrittweise von 38,5 auf 9 Prozent. Zudem genießen künftig mehr als 200 landwirtschaftliche Erzeugnisse mit besonderer geografischer Herkunft auf dem japanischen Markt denselben Schutz wie in Europa – unter anderem Lübecker Marzipan, Prosecco und Irish Whiskey.

Zu den weiteren – mehr oder weniger konkreten – Vereinbarungen, die Handel und Investitionen fördern sollen, gehört auch, dass Unternehmen aus der EU künftig gleichberechtigt mit japanischen Firmen ins Rennen gehen können, wenn eine der 54 japanische Städte mit mehr als 300.000 Einwohnern einen öffentlichen Auftrag zu vergeben hat.

Deutsche Automobilindustrie profitiert

Aus deutscher Sicht sind darüber hinaus die vereinbarten Erleichterungen bei den sogenannten nichttarifären Handelshemmnissen interessant. Bisher gab es eine Reihe technischer Anforderungen und Zertifizierungsverfahren aufseiten Japans, die die Ausfuhr europäischer Waren dorthin erschwerten.

Mit dem Freihandelsabkommen verpflichtet sich Japan nun unter anderem, im Automobilsektor dieselben internationalen Normen für Produktsicherheit und Umweltschutz zu beachten wie die EU. Der Verkauf europäischer Kraftfahrzeuge in Japan wird damit erheblich vereinfacht – für Deutschland ist dies angesichts der Struktur seiner Ausfuhren nach Japan eine besonders gute Nachricht:

Im Jahr 2017 machten Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile rund 30 Prozent aller deutschen Warenexporte nach Japan aus.

Damit waren Autos das wichtigste industrielle Exportgut im Geschäft mit Japan – vor

den Erzeugnissen der Chemiebranche (24 Prozent) und Maschinen (15 Prozent).

Während Japan für die EU insgesamt zuletzt der sechstwichtigste Handelspartner weltweit war, rangiert das Land auf der Liste der wichtigsten deutschen Absatzmärkte bislang nur auf Platz 17. Die Wareneinfuhren von knapp 20 Milliarden Euro, die 2017 nach Japan geliefert wurden, machten lediglich gut 1,5 Prozent aller deutschen Warenimporte aus.

Gehen die Berechnungen der EU-Kommission auf, könnte dieser Anteil allerdings erheblich steigen. Für die EU insgesamt sollen die Einfuhren nach Japan aufgrund des Freihandelsabkommens jährlich um mehr als 13 Prozent wachsen. Übertragen auf Deutschland würde das allein den produzierenden Unternehmen zusätzliche Exporterlöse von mehr als 2,5 Milliarden Euro pro Jahr bringen.

Kernaussagen in Kürze:

- Japan – die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt – hat seit den 1990ern immer wieder mit ökonomischen Krisen zu kämpfen. Wachsende Einfuhren von Waren und Dienstleistungen steigerten zuletzt die Wirtschaftsleistung des Landes.
- Durch das Freihandelsabkommen mit der EU will Japan den Außenhandel weiter ankurbeln, umgekehrt sparen Unternehmen aus der EU durch den Abbau von Zöllen voraussichtlich etwa 1 Milliarde Euro pro Jahr.
- In Deutschland wird die Automobil-Industrie am stärksten vom Freihandelsabkommen und den abgebauten Handelsbarrieren profitieren.